

Das Bürgerliche Lager, Günther Beckstein und die „Faschismuskeule“ - „Auch in Korporationen gibt es viel Bequemlichkeit und anpasserische Feigheit“

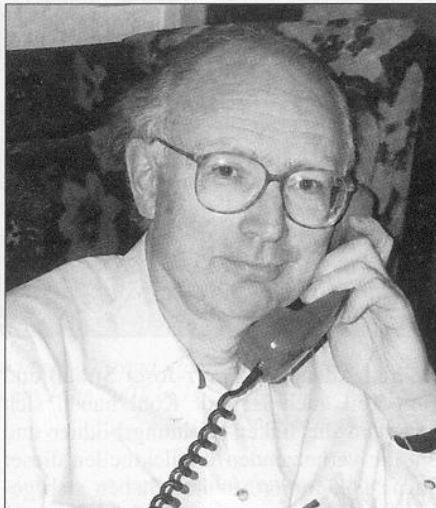
Interview von Bernd Kallina (Danubia München) mit Hans-Helmuth Knütter

Konrad Adenauer, Franz-Josef Strauß und zum Teil auch Helmut Kohl haben sich nicht um die linken Meinungsbildner gekümmert, und sie haben sich gegen sie durchgesetzt. Heute hat die CDU/CSU eine gewaltige Furcht, dem sogenannten Main-Stream nicht zu entsprechen, abgehängt zu werden und in eine Rechtfertigungsposition zu geraten. Hier gegenzusteuern und die geistigen Grundlagen einer freiheitlichen Demokratie bewahren zu helfen, war und bleibt ein Auftrag der deutschen Burschenschaften. Ihr Wahlspruch „Ehre, Freiheit, Vaterland“ ist eine gute Richtschnur, aber nur, wenn sie nicht zur Phrase wird.

Herr Professor Knütter, Sie haben sich ein Leben lang wissenschaftlich mit Fragen extremistischer Verhaltensweisen politischer Gruppierungen auseinandergesetzt. Sie waren Gastdozent an der Schule des Bundesamtes für Verfassungsschutz und haben Vorträge für das im Bundesinnenministerium angesiedelte Referat IS 7 (Geistig-politische Auseinandersetzung mit dem Extremismus) gehalten. Teilen Sie die Meinung des Bayerischen Innenministers Günther Beckstein, der die Aktivitas der traditionsreichen Münchener Burschenschaft Danubia als „rechtsextrem“ eingestuft und in den Verfassungsschutzbericht 2001 seines Landes aufgenommen hat?

Nein. Um so weniger als zahlreiche Mitglieder der Aktivitas der Jungen Union, der CDU bzw. der CSU und zwei auch der SPD angehören, was allerdings noch gar nichts

Professor Dr. Hans-Helmuth Knütter lehrte bis 1996 Politikwissenschaft mit den Schwerpunkten politischer Extremismus, Zeitgeschichte und politische Bildung an der Universität Bonn. Er arbeitete jahrelang mit dem Referat IS 7 (Geistig-politische Auseinandersetzung mit dem Extremismus) der Abteilung „Innere Sicherheit“ des Bundesinnenministeriums zusammen; Gastdozent an der Schule des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Zum Thema: Hans Helmuth Knütter, Stefan Winckler (Hrsg.): „Der Verfassungsschutz – Auf der Suche nach dem verlorenen Feind“, Universitas Verlag, München 2000, 425 S., ISBN 3-8004-1407-4. Anschrift: Proffgasse 8, 53332 Bornheim-Rösberg. – Dipl. sc. pol. Bernd Kallina (Danubia München 1973) ist Rundfunkredakteur. Anschrift: Basteistraße 65, 53173 Bonn.



Hans-Helmuth Knütter

beweist. Ich habe mich in einem politikwissenschaftlichen Gutachten¹⁾ mit dem Fall „Beckstein/Danubia“ eingehend befaßt und kann resümierend nur sagen: Es ist geradezu verwerflich, wenn ein CSU-Minister die Faschismus-Keule, die bevorzugtes Disziplinierungsinstrument der Linken und Linksextremen ist, mißbraucht, um Staatsbürger zu diskriminieren, die eine positive Grundeinstellung zu Recht und Ordnung haben, gerade auch zu unserem Staat, der Bundesrepublik Deutschland. Sie werden mit fadenscheinigen Argumenten vor den Kopf gestoßen, ausgegrenzt und in eine Ablehnung dieser politischen Ordnung getrieben, die sie doch bejahen. Im Gegensatz zur prinzipiellen Staatsfeindschaft der Linksextremen, die den Staat traditionsgemäß als Unterdrückungsinstrument der Herrschenden verabscheuen, wenngleich sie ihn zur sozialen Umverteilung und zur Postenverteilung gerne benutzen, verfügen die Rechten über ein Staatsethos, also eine positive Grundeinstellung zum Gemeinwesen. Sie sind bereit sich zu engagieren, weswegen sie z. B. alle in der Bundeswehr ganz selbstverständlich dienen.

Aber: jeder Mensch, der über Würde verfügt, lehnt es ab, sich bei Leuten anzubiedern, die ihn zurückstoßen und ausgrenzen. Und so erklärt sich die miese politische Stimmung, die Politikerverdrossenheit, die heute in Deutschland herrscht. Sie ist weitgehend von der Ausgrenzungs-, ja Diskri-

minierungspolitik jener Parteifunktionäre verschuldet, die alle Positionen des öffentlichen Lebens besetzen.

Angeblich hätten sich in letzter Zeit die Anhaltspunkte für Rechtsextremismus bei der Danuben-Aktivitas verdichtet, tönt es aus dem weiß-blauen Innenministerium. Können Sie das bestätigen?

Nein, meine intensiven Recherchen belegen das nicht. Schen Sie, ich habe mich in meinem Gutachten auch mit den von der Danuben-Aktivitas eingeladenen Gastreferenten der letzten Jahre befaßt. Die Referentenliste zeigt politischen und weltanschaulichen Pluralismus.

So sprach beispielsweise der im Dritten Reich als Jude verfolgte ehemalige ZDF-Moderator Gerhard Löwenthal 1998 zu den Danuben über „Westdeutschen Journalismus im Netz der Stasi“. Der Ehrenpräsident des zweiten großen deutschen Schriftstellerverbandes, des FDA, Dr. Volkmar Zühlsdorff, referierte vor der Aktivitas über „Emigration und nationales Bewußtsein“. Zur Person Zühlsdorff muß man wissen, daß er bereits in der Weimarer Republik im Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ für den Erhalt der Republik kämpfte. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme emigrierte er über Stationen in Österreich, Frankreich und England in die USA und war dort unter der Präsidentschaft von Sigmund Freud und Thomas Mann Geschäftsführer der renommierten „Deutschen Akademie der Künste und Wissenschaften im Exil“. Im Mai 2000 referierte die Pariser Philosophin Anat Kalman auf Einladung der Danuben-Aktivitas über „Das deutsch-jüdische Verhältnis: gestern, heute, morgen“. Frau Kalman ist deutsche Jüdin nordafrikanischer Herkunft und erläuterte das Wesen des Judentums den interessierten Burschenschäftlern und ihren Gästen. Glaubt der bayerische Innenminister im Ernst, daß sich diese Persönlichkeiten in ein „rechtsextremes Milieu“ begeben hätten, wie seine Einstufung behauptet?

Welche Motive treiben dann einen konservativen CSU-Minister zu einem solchen – ganz offenkundigen – Rausschmiß von Burschenschäftlern aus dem Verfassungsbogen der Bundesrepublik Deutschland? Die

Münchener Linkspresse titelte genüßlich: „Danubia staatsfeindlich!“

Der Antifaschismus ist eine Fundamentalnorm der Bundesrepublik, erklärbar aus der jahrzehntelangen Dauer-Bewältigung der NS-Vergangenheit. Auch die Unionsparteien haben sich mit Rücksicht auf die Meinungsführer des Auslandes, getreu der Wendung „Das deutsche Ansehen ist gefährdet!“, an die Spitze der Antifa-Bewegung gesetzt, um ihr die Spitze zu nehmen. Triebkraft ist die Angst vor der Isolation, nicht zu den sogenannten „Anständigen“ gerechnet zu werden. Die CDU/CSU hat eine entsetzliche Angst vor einer nationalen und internationalen Medienkampagne, die sie „rechter Sympathien“ verdächtigen könnte. Sie stellt sich also an die Spitze der Antifa-Bewegung um sie vermeintlich klug zu unterlaufen und verkennt dabei Ursache-Wirkungszusammenhänge sowie die Mechanismen linksextremer Antifa-Politik und ihre operativen Abläufe.

Als langjähriges CDU-Mitglied muß ich leider am aktuellen Fall Beckstein erneut feststellen: ein Großteil des in den Unionsparteien repräsentierten bürgerlichen Lagers kapiert wiederum nichts! Sie, auch die Beckstein und Stoiber, werden aber trotzdem mit der Faschismus-Keule bedroht, weil in den Augen der Linken der sogenannte Faschismus ein Ergebnis „bürgerlicher Herrschaft“ ist. Nach der marxistischen Faschismus-Theorie engagieren die Bürgerlichen sich die „Faschisten“ als Hilfruppe, wenn sie ihre Herrschaft durch fortschrittliche linke Kräfte bedroht sehen. Deshalb muß ein „wahrer Antifaschist“ immer auch anti-bürgerlich, also Sozialist sein. Die bürgerlichen Politiker können dem Faschismus-Verdacht nie entkommen, auch nicht, wenn sie sich als die schärfsten „Antifaschisten“ aufführen, wie jetzt im Falle der Danubia. Sie besorgen damit nur die Geschäfte der Linken.

Handelt es sich bei dem ministeriellen Distanzierungsreflex (Motto „CSU-Abgrenzung gegen Rechts“) vielleicht um ein Wahlkampfmanöver?

Wenn es ein Wahlkampfmanöver wäre, dann ein sehr dummes. Die CSU hat in Bayern die absolute Mehrheit – noch. Aber die CDU braucht auf Bundesebene und in den meisten Ländern Bündnispartner. Vor 40 Jahren hatte sie in der „Deutschen Partei“ und im BHE derartige Partner, die sie durch eigene Schuld verloren hat. Während Rot-Grün scham- und hemmungslos mit Linksextremisten paktiert, grenzt sich die CDU/CSU-Führung nach rechts rigoros ab. Nicht nur von echten Extremisten, was zu verstehen wäre, sondern auch von ehrenwerten Rechten. Die Republikaner sind aus der CSU hervorgegangen. Franz-Josef Strauß galt als illustrierter Politiker. Als er je-

doch äußerte, rechts von der Union dürfe es keine demokratisch legitimierte Partei geben, befand er sich in einem weniger erleuchteten Zustand. Im Falle der Danubia kommt allerdings hinzu – und das macht die ganze Affäre noch absurder –, daß diese Burschenschaft ja gar keine Konkurrenzpartei für die CSU darstellt bzw. darstellen will, sondern höchst ehrenwerte konservative Intellektuelle beheimatet, die gesellschaftlich seit Jahren eben einen „rechten“ politischen Akzent setzen. Bei der Armut politisch vorzeigbarer Intellektueller des bürgerlichen Lagers eigentlich ein Glücksfall – auch für die Unionsparteien.

Beobachter vermuten auch eine vorbeugende Anpassung an die immer noch über Massenmedien dominante linksliberale bis linksaußen agierende „Kulturintelligenz“ in Deutschland. Martin Walser sprach unlängst von einer nach wie vor wirkenden „ungeheuren Diffamierungspotenz der 68er“. Und Sie Herr Professor Knütter?

Konrad Adenauer, Franz-Josef Strauß und zum Teil auch Helmut Kohl haben sich nicht um die linken Meinungsbildner und um die verhetzenden Intellektuellen dieser Szene gekümmert, und sie haben sich gegen sie durchgesetzt. Wie gesagt: die CDU/CSU hat eine gewaltige Furcht, dem sogenannten Main-Stream nicht zu entsprechen, abgehängt zu werden und in eine Rechtfertigungsposition zu geraten. Das Groteske dabei ist: Trotz aller ihrer antifaschistischen, komisch wirkenden Abgrenzungs-Verrenkungen widerfährt ihr trotzdem genau das, was sie geradezu panikartig vermeiden möchte.

Neomarxistische Gesellschaftsanalytiker warnen in letzter Zeit immer häufiger vor „Rechtsintellektuellen“ und meinen damit auch Burschenschaffier. Nun stellt ja tatsächlich die Danubia eine respektable Anzahl patriotischer Intellektueller, im Gegensatz zu vielen eher unpolitischen Korporationen. Bayerns Innenminister meint aber erstaunlicherweise, gerade auf diese nichtlinken Intellektuellen verzichten zu müssen.

Ich kann ihm dabei nicht folgen, vielmehr sehe ich folgende Gefahren: Die Hetze „gegen Rechts“ hat zwei gleichermaßen negative Folgen. Sie züchtet Duckmäuser, die sich um der Karriere willen anpassen und auf „Vordermann gehen“. Die anderen, menschlich wertvolleren, werden sich von einem System abwenden, das ihre Bereitschaft sich loyal zu engagieren mit Ausgrenzungfußritten belohnt. Ein führungs-mäßiger Fundamentalfehler!

Im Jahr 1982 versprach Helmut Kohl eine „geistige Wende“, die jedoch nie eintrat und offenbar auch nicht in die Wege geleitet wurde. Jetzt passen sich maßgebliche

Teile der Unionsparteien der modischen Anti-Rechts-Kampagne an, siehe ihre Teilnahme an der Demonstration vom November 2000 in Berlin. Wohin führt das?

Das führt zur Ablösung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung durch eine antifaschistisch-volksdemokratische Herrschaftsordnung. Es gibt eindeutige Anzeichen für einen Wandel der Verfassungswirklichkeit in diese Richtung. Wenn die Rechte, auch die demokratische, ausgegrenzt, die Linke, auch die extreme, aber akzeptiert und in Landes- und Bundesregierungen aufgenommen wird, dann entsteht eine andere Republik. Aber erinnern wir uns an Lenins Weisheit: eine Sache sei erst gesichert, wenn sie in die Alltagskultur eingegangen sei. Soweit sind wir noch nicht. Die antifreiheitlichen Tendenzen sind noch umkehrbar. Wir leben in wendereichen Zeiten, und die nächste Wende kommt bestimmt.

Der ministerielle Vorwurf in Richtung Danuben-Aktivitas lautet: es würde auch „rechtsextremen Rednern ein Forum geboten“, wobei die so Benannten sich gar nicht extremistisch äußern mußten, die Einstufung genüge dann schon. Läuft das nicht auf ein Kontakt- und Auftrittsverbot für intellektuelle Quergeister im akademischen Korporationsmilieu hinaus?

Es gehört zur politischen Unkultur der Bundesrepublik Deutschland, unerwünschte politische Einstellungen von „Rechts“ nicht zur Kenntnis zu nehmen. Ausgrenzen und tabuisieren heißen die Unwörter. Aber selbstverständlich müssen in einer pluralistischen freiheitlichen Demokratie auch unkonventionelle, ja extremistische Auffassungen zur Kenntnis genommen werden dürfen. Genau das tun die Linken jedoch nicht. Und die CDU/CSU ist in diesem Punkte um nichts besser und vernünftiger. Meine Position für eine offene Gesellschaft heißt hingegen: alles soll diskutiert und studiert werden – und zwar am Original. Deshalb nur keine schwächlichen Entschuldigungen, weil auch mal Horst Mahler oder Alain de Benoist bei Burschenschaffern auftraten. Zu kritisieren sind diejenigen, die ausgrenzen und tabuisieren. Sie sind die wahren Feinde der Demokratie.

Geheimdienst-V-Leute fielen im Zusammenhang mit dem von Beckstein initiierten NPD-Verbotsverfahren dadurch auf, daß - zumindest einige - speziell durch ihr Verhalten jene extremistische Qualität herbeigeführt wurde, die dann offiziell als Beleg für „Verfassungsfeindlichkeit“ diente. Müssen auch Burschenschaften mit derartigen Provokationen in- und ausländischer Geheimdienste rechnen, über die z. B. der frühere SPD-Spitzenpolitiker Andreas von Bülow in seinem Buch „Im Namen des Staates“ so eindrucksvoll berichtet?



Verbandsbruder Bernd Kallina (Danubia München) während einer Journalisten-Studienreise der Bundeszentrale für politische Bildung im Jahr 2001 in Israel.

(Foto: Archiv Bernd Kallina)

Die Durchseuchung der deutschen Politik mit in- und ausländischen Geheimdiensten ist ein ganz übles Kapitel. Als Feind von Verschwörungstheorien hätte ich noch vor wenigen Jahren die Beschäftigung mit einer solchen Frage abgelehnt. Aber wir mußten nach 1989 erfahren, daß die Staatsicherheit und der KGB die Politik der Bundesrepublik in einem für unvorstellbar gehaltenen Maß bestimmt haben. Und heute wird der Einfluß westlicher Geheimdienste absichtlich verschwiegen. Es ist grotesk, in den diversen Verfassungsschutzberichten nachlesen zu können, daß es zwar eine östliche Spionage in Deutschland gibt, aber keine unserer westlichen Freunde und Verbündeten. Jeder Sachkundige weiß, daß das nicht stimmt.

Kritiker sprechen im Fall „Beckstein/Danubia“ inzwischen von einer bayerischen Pannenserie. Bereits 1997 geriet der renommierte Historiker Dr. Alfred Schickel, verdienstvoller Leiter der „Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt ZFI“ und langjähriges CSU-Mitglied sowie Bundesverdienstkreuzträger, in den weiß-blauen Verfassungsschutzbericht. Ihm wurde „Revisionismus im weiteren Sinne“ vorgeworfen. Inwiefern kann eine revisionistische Geschichtsbetrachtung unsere freiheitliche Verfassung bedrohen?

Überhaupt nicht! Diese Erscheinung gehört zu den bereits kritisierten Einschränkungen von Freiheitsrechten, die zur Ablösung der freiheitlich-demokratischen durch die antifaschistisch-volksdemokratische Herrschaftsordnung führen soll. Im übrigen beruht jeder wissenschaftliche Fortschritt auf Revi-

sion des vorherigen Erkenntnisstandes. Das Gegenteil von Revision sind Dogmatismus und Stagnation.

„Die Gefahr von Rechts wird vielfach hochgespielt, die von Links hingegen verharmlost“, schrieb der anerkannte Extremismusforscher Eckard Jesse von der TU Chemnitz unlängst in der Tageszeitung „Die Welt“. Stimmen Sie zu? Falls ja, trägt zur Aufblähung der Gefahr von Rechts auch bei, daß es nur dort strafrechtlich geahndete Propagandadelikte gibt, nicht jedoch im linksextremen Bereich?

Vor vielen Jahren, unmittelbar nach 1945, haben Sozialdemokraten und Kommunisten schon einmal versucht, die Entnazifizierung zum antibürgerlichen Kampf zu mißbrauchen. Sie sprachen damals von einer künstlichen Revolution. In der SBZ wurde so verfahren. Man sprach dort für die Jahre 1945 bis 1952 von der „antifaschistisch-demokratischen Phase“. In den westlichen Besatzungszonen scheiterte das Vorhaben am voll ausbrechenden Ost-West-Gegensatz, aber auch an der Wachsamkeit der damaligen CDU. Der seinerzeitige CDU-Justizminister Dr. Sträter in Nordrhein-Westfalen warnte seine Partei öffentlich und erfolgreich, sich vor den antifaschistischen Karren spannen zu lassen. Was von der heutigen CDU/CSU zu halten ist, zeigt deren blamables Verhalten bei der üblen Demonstration am 9. November 2000 in Berlin. Ausgerechnet an diesem Jahrestag des Mauerfalls fand unter aktiver Beteiligung der PDS eine antifaschistische Großdemonstration statt. Die CDU/CSU, die den faulen Braten gerochen hatte,

wollte erst nicht teilnehmen. Dann waren die führenden Politiker aber doch dabei und hörten sich mit verkniffenen Gesichtern die Unverschämtheiten an, sie seien an Ausländerfeindschaft und dergleichen mitschuldig.

Die Unions-Akteure wissen eigentlich: Antifaschismus dient linker Herrschaftssicherung. Aber sie kapieren dennoch nichts! Wären sie bei dieser Demonstration ferngeblieben, hätte Rot-Grün kampagnenmäßig geschrien, die CDU/CSU habe rechte Sympathien, und vor einem solchen Vorwurf ist sie noch immer eingeknickt.

Ist der Fall „Beckstein/Danubia“ insofern typisch für das geistig von links geprägte Klima unserer Republik?

Stärkster Loyalitätsfaktor in der Bundesrepublik war und ist der Wohlstand, das behagliche Leben, das für die große Mehrheit der Bevölkerung gewährleistet ist. Es gibt jedoch in akademischen Kreisen – auch in Korporationen – viel Bequemlichkeit und anpasserische Feigheit. Unrecht wird hingenommen, um kein Risiko eingehen zu müssen. Sehr vielen Zeitgenossen ist die Freiheit wurst, wenn sie nur genug Wurst haben. Hier gegenzusteuern und die geistigen Grundlagen einer freiheitlichen Demokratie bewahren zu helfen, war und bleibt ein Auftrag der deutschen Burschenschaften. Ihr Wahlspruch „Ehre, Freiheit, Vaterland“ ist eine gute Richtschnur, aber nur, wenn sie nicht zur Phrase entartet.

¹⁾ Das Gutachten kann kostenlos bestellt werden bei Burschenschaft Danubia, Möhlstraße 21, 81675 München.

Neuerscheinung zur Leipziger Buchmesse 2002

Wolfgang Dachsels (Hrsg.): „Die politische Entwicklung der Deutschen im Oppelner Schlesien“.

Beiträge zum Symposium der Deutschen Burschenschaft und der Burschenschaftlichen Stiftung für nationale Minderheiten- und Volksgruppenrechte in Europa vom 5. bis 7. September 2001 auf dem Annaberg in Schlesien. ISBN 3-00-008949-7, Berlin 2002.

Das Buch kann gegen Vorausscheck in Höhe von EUR 11,- (einschl. Versandkosten) bezogen werden bei

*Materialversand der DB
Stephan Heimerl
Friedrich-Zundel-Straße 50
D-70619 Stuttgart*